

Unsere Stimme habt ihr:

Das gute Leben für alle

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2023

DIE LINKE.

Partei DIE LINKE
Kreisverband Flensburg
Norderstraße 88, 24939 Flensburg

WAHLPROGRAMM DER FLENSBURGER LINKEN ZUR KOMMUNALWAHL 2023

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 26.02.2023

INHALT

Präambel	5
Eine Stadt für alle	6
Wohnen.....	6
Bezahlbare Energie	8
Sanierungsgebiet Hafen Ost	9
Kommunales Eigentum	10
Minderheiten.....	11
Integration	12
Mobilität.....	12
Gesundheit, Pflege und Soziales	13
Soziale Stadt.....	13
Gleichstellung	16
Inklusion & Barrierefreiheit	17
Pflege & Gesundheit.....	18
Zentralkrankenhaus	19
Frauen*gesundheit in der Kommune	20
Senior*innen.....	21
Klima, Umwelt und Naturschutz	22
Nachhaltige Stadtentwicklung	22
Klima und Umweltschutz.....	23
Wirtschaft und Arbeit.....	25
Kultur und Tourismus	26
Kultur	26
Tourismus	27
Bildung und Sport	28
Kinder & Jugendliche.....	29
Sicherheit durch Prävention	29
Finanzen	31
ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private-Partnerschaft)	31
Queer - queer	32
Weltoffenheit der Kommune	33
Demokratie: Beteiligung, Mitbestimmung und Vereinbarkeit	33

PRÄAMBEL

Liebe Flensburger*innen,

am 14.05.2023 sind die Wahlen zur Flensburger Ratsversammlung. Damit stellt sich die Chance für uns alle zu entscheiden, wohin sich unsere Stadt entwickeln soll. Die Flensburger LINKE positioniert sich in der Stadt als alternative und soziale Gerechtigkeitspartei. Wir haben uns in der letzten Wahlperiode mit Erfahrungen und Elan um die Herausforderungen der Stadt gekümmert und immer für die Bürger*innen gestritten. Mit diesem Anspruch wollen wir auch weiterhin die Zukunft in Flensburg gestalten. Unsere Vorstellungen für eine soziale und weltoffene Stadt legen wir Euch auf den nächsten Seiten dar. Für uns steht fest, wir wollen in die Zukunft weisende Lösungen anbieten.

Die Krisen der letzten Zeit stellen auch Flensburg vor enorme Herausforderungen – die soziale Spaltung in unserer Stadtgesellschaft nimmt von Jahr zu Jahr zu. Zum Beispiel hat Flensburg die höchste Quote an Kinderarmut in ganz Schleswig-Holstein. Die aktive Bekämpfung dieser Missstände ist unser Anspruch. Wir wissen, dass die finanziellen Ressourcen der Stadt begrenzt sind und auch vom Land, vom Bund und sogar von der EU abhängig sind. Trotzdem bedarf die Politik in Flensburg einer grundlegenden Veränderung und Neuausrichtung. Die strikte Entschuldungspolitik muss aufgegeben werden und einer Politik der gezielten Investitionen Platz machen. Nur so können wir die kommunale Infrastruktur ertüchtigen und auch für nachfolgende Generationen in angemessener Qualität und Quantität erhalten.

Dieses Programm ist ein Wahlprogramm und zugleich ein Arbeitsprogramm. Es orientiert sich immer an der Perspektive der sozialen Teilhabe und der Steigerung der Lebensqualität für alle Flensburger*innen. Unsere Pläne sind anspruchsvoll, aber sie sind realistisch. Daher werden wir bei unserer zukünftigen Arbeit immer wieder für Mehrheiten ringen. Es lohnt sich, denn es geht um unsere Stadt. Die Flensburger LINKE ist eine Partei für den Alltag, nicht nur für den Wahltag. Wir orientieren uns immer an der Perspektive des demokratischen Sozialismus – für eine solidarische Gesellschaft und das gute Leben für alle!

EINE STADT FÜR ALLE

WOHNEN

Wir erachten bezahlbares Wohnen als ein Menschenrecht. In den letzten Jahren sind die Mieten in Flensburg astronomisch in die Höhe geschossen, hinzu kommen die steigenden Belastungen von Mieter*innen bei den Nebenkosten. Der Wohnungsmarkt ist in Flensburg sehr angespannt. Zudem sind die innenstadtnahen Stadtteile von Gentrifizierung betroffen. Ein Veränderungsprozess, der die Mieten weiter in die Höhe treibt und so die Gefahr besteht, dass Bewohner*innen aus ihren Kiezen verdrängt werden. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, gerade für Menschen mit geringem Einkommen oder größere Familien wächst. Die Flensburger LINKE wird sich im Rat weiterhin für mehr bezahlbaren Wohnraum einsetzen. Keine andere Partei steht so radikal an der Seite der Mieter*innen, wie Die Flensburger LINKE. Wir setzen uns konsequent dafür ein, dass der Preisanstieg bei Bestandswohnungen gebremst wird.

Die Stadt muss den Wohnungsbau wieder in die eigene Hand nehmen und Die Flensburger LINKE wird sich nachdrücklich für eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft einsetzen. Es bedarf einer breiten Initiative für bezahlbaren Wohnraum in der Stadt. Bei Neubauprojekten muss mindestens 50% bezahlbare Wohn-

fläche entstehen, d.h. für die Flensburger LINKE bedeutet das eine Kaltmiete von höchstens 7,50 € pro m². Wir fordern, dass kein öffentliches Bauland mehr für den privatwirtschaftlichen Wohnungsbau hergegeben wird. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Rekommunalisierung von ehemals öffentlichen Baugrundstücken, auf denen seit Jahren private Bauprojekte nicht realisiert werden und die als spekulatives Faustpfand missbraucht werden.

Wir wollen die Stadtverwaltung dazu bewegen, dass eine Kontaktaufnahme zu den Immobilienbesitzern erfolgt, damit gerade im Innenstadtbereich leerstehender Wohnraum nicht verfällt und stattdessen vermietet wird. Die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen lehnen wir entschieden ab.

Neubauvorhaben in den Stadtteilen sollen zukünftig nur mit Zustimmung der noch zu gründenden Stadtteilbeiräte und der Bevölkerung im Stadtteil genehmigt werden. Andernfalls ist eine Einwohner*innenversammlung durch die Stadt einzuberufen. Angesichts des teilweise bedenklichen Zustands vieler Mietshäuser und Wohnungen, hält die Flensburger LINKE den Einsatz von Städtebaufördermitteln und Mitteln des sozialen Wohnungsbaus für die Modernisierung und Sanierung dieser Wohnungen für zwingend geboten. Damit könnte auch eine Vielzahl neuer Sozialwohnungen geschaffen werden. Die Flensburger LINKE fordert dafür für ein städtisches Programm, das gleichzeitig Hauseigentümer*innen Anreize gibt.

Die Flensburger LINKE setzt generell auf das Bauen im Bestand. Der Abriss vorhandener Bausubstanz muss aus Nachhaltigkeitsgründen unbedingt vermieden werden.

Ebenso gibt es ungenutzten Wohnraum innerhalb von Geschäftsimmobilien, der reaktiviert werden kann. Auch dafür fordert die Flensburger LINKE ein entsprechendes, auf die Stadt Flensburg abgestimmtes Programm. Dem spekulativen Leerstand und Verfall von Wohngebäuden sollte zudem in größerem Umfang ordnungsrechtlich begegnet werden. Andererseits kann auch die Instandbesetzung von entsprechendem Wohnraum durch engagierte Bürger*innen eine Alternative sein.

Nicht nur die historische, städtebauliche Substanz in Stadtteilen wie z.B. Duburg und Neustadt sollte durch die Verabschiedung rechtlich verbindlicher Erhaltungssatzungen gesichert werden. Ergänzend hierzu bedarf es Milieuschutzsatzungen, für den Schutz der Bewohner*innen vor drohender Gentrifizierung, Mietenwucher, Wohnungsverlust und Verdrängung aus ihren Kiezen. Entsprechende quartiersbezogene Milieuschutzsatzungen gibt es bisher in Flensburg nicht.

Die Flensburger LINKE wird sich in der Ratsversammlung und den Ausschüssen mit aller Kraft dafür einsetzen, dass in einer ausgewiesenen Zone auch keine Ferienwohnungen, kein spekulativer Leerstand von Wohnraum zugelassen wird.

Die Flensburger LINKE unterstützt den Genossenschaftsgedanken. Die Wohnungsbaugenossenschaften sehen wir als wichtige und ergänzende Partner*innen bei der Lösung der Wohnungsfrage in Flensburg an. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Wohnungsbaugenossenschaften einen wesentlichen Anteil an der Bereitstellung von bezahlbaren und attraktiven Wohnungen leisten und weit darüber hinaus Verantwortung für das Wohnumfeld übernehmen. Die Wohnungsbaugenossenschaften müssen sich in Zukunft noch stärker zu ihrer sozialen Verantwortung bekennen.

Zwangsräumungen auf die Straße lehnen wir ab. Ohne Bereitstellung einer angemessenen Notfallwohnung sollte dies unbedingt verhindert werden.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Gentrifizierung stoppen und bezahlbaren Wohnraum fördern*
- *Preisanstieg von Bestandswohnungen stoppen*
- *Zurück zu einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, in der bezahlbarer Wohnraum im Vordergrund steht.*
- *Bei Neubauprojekten von privaten Investoren, müssen mindestens 50% bezahlbarer Wohnraum mitgeplant sein.*
- *Im Vordergrund muss der Geschoss-*

wohnungsbau stehen. Einfamilienhäuser sollen auch in Zukunft nicht mehr im Stadtgebiet Flensburg gebaut werden dürfen.

■ *Menschen sollten nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für Miete aufbringen müssen.*

■ *Große Flächen, beispielsweise von Nahversorgern, dürfen nicht mehr ohne Geschosswohnungsbau genehmigt werden.*

■ *Konsequente Bekämpfung von spekulativem Leerstand durch geeignete Maßnahmen wie die Einführung eines Leerstandkatasters sowie Geldbußen für Eigentümer*innen, die Wohnungen länger als ein Jahr grundlos leer stehen lassen.*

■ *Milieuschutz für die Innenstadt – keine Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen und Erhalt von historischer Bausubstanz*

■ *Bereitstellung städtischer Grundstücke für vorrangig gemeinnützigen genossenschaftlichen Geschosswohnungsneubau.*

■ *Verhinderung von Zwangsräumungen auf die Straße ohne Bereitstellung einer angemessenen Notfallwohnung*

■ *Bürger*innenbeteiligungen bei Bauprojekten fördern*

BEZAHLBARE ENERGIE

Die Energiekosten werden weiter steigen. Zu den stark steigenden Mieten werden viele Menschen nun auch durch astronomische Strom- und Heizungskosten belastet.

Die Flensburger LINKE ist der Meinung, dass Strom, Wasser und Wärme zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen in Flensburg gehören. Dies darf nicht zum Luxus werden. Die Energiepreise explodieren nicht nur durch die weltweiten Krisen, sondern sie entstehen auch, weil die Umstellung auf Erneuerbare Energien bisher systematisch verhindert wurde. Die Flensburger LINKE setzt sich dafür ein, dass die Stadtwerke auf 100% Erneuerbare Energien umgestellt werden. Zudem darf es keine Strom-, oder Fernwärmesperren geben. Wir setzen uns dafür ein, dass Energie nicht zum Luxusgut wird und nur reiche Menschen sich eine Zimmertemperatur von 21 Grad leisten können.

Dafür müssen die Wohnungseigentümer und Konzerne in die Verantwortung genommen werden. Gebäude müssen saniert werden, damit sie energieeffizienter werden. Beispielsweise mit neuen Fenstern und Türen, sowie mit Wärmeisolierungen und Solarzellen auf den Dächern.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Keine Strom- und Fernwärmesperren bei den Stadtwerken.*

■ *Runder Tisch aus Wohnungsgenossenschaften, Stadtpolitik und Stadtwerken zur Bekämpfung der hohen Preise bei Energiekosten für die Menschen.*

■ *Für eine Sanierung, Eigentümer, Genossenschaften und Konzerne der Wohnungseigentümer zur Verantwortung ziehen.*

■ *Umstellung auf 100% Erneuerbare Energiegewinnung der Stadtwerke*

SANIERUNGSGEBIET HAFEN OST

Mit dem Projekt Hafen Ost soll eine neue Ära eingeleitet werden, denn das Sanierungsgebiet Hafen Ost gehört zu den großen Flensburger Stadtentwicklungsprojekten, die nicht privaten Investoren überlassen werden dürfen. Eine Flensburger Hafen-City, ähnlich wie in Sonwik 2.0, würde nicht zu Flensburg passen. Die für einen Wirtschaftshafen typische Hafematmosphäre ginge verloren. Die Flensburger LINKE in Flensburg fordert ein „Flensburger Modell“ für die Hafentwicklung, eine stetige Entwicklung des Gebietes je nach Möglichkeiten, Ressourcen und Finanzlage der Stadt. In den Beteiligungsverfahren wurde stets gefordert: Der Wirtschaftshafen soll für die Öffentlichkeit erlebbar gemacht werden.

Der Wirtschaftshafen muss daher bleiben wo er ist. Zusammen mit Wohnraum, maritimem Gewerbe, Handwerk, Wissenschaft, Freizeit, Kunst und Kultur wird er für alle erlebbar entwickelt! Diese Vision ist machbar, wenn auf Fördermittel, die kostenintensive Verlagerung von Gewerbeflächen und unsinnige Brückenprojekte verzichtet wird!

Die Flensburger LINKE in Flensburg befürwortet ausdrücklich eine Entwicklung der Fläche in Erbbaurecht und nach den Suffizienzkriterien. Suffizienz steht für einen nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen und damit für das Begrenzen, für das Erhalten und die Ertüchtigung der vorhandenen Bausubstanz. Ein „Weniger“ ist mehr, dies im Zeichen des Klimawandels, um Energie und Material zu sparen. Gleichzeitig muss das bestehende Hafengewerbe und die Vereine eine langfristige Standortperspektive im Gewerbegebiet Ostufer bekommen. Die ausgelobte Fördersumme reicht nach derzeitigem Erkenntnisstand bei weitem nicht aus, um das Vorhaben zu realisieren und einen funktionierenden Wirtschaftshafen auf der Westseite zu etablieren. Es besteht die Gefahr, dass Flensburg in Zukunft seinen Wirtschaftshafen ganz verliert.

Die Flensburger LINKE setzt sich dafür ein, das Sanierungsgebiet als Mischgebiet zu entwickeln, in dem Wohnen, Gewerbe, Wissenschaft und der Wirtschaftshafen nebeneinander existieren können.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

Der Wirtschaftshafen muss nicht auf die Westseite verlagert werden, die bestehende Hafeninfrastruktur mit der sanierten Kaikante bleibt erhalten. Die Zuwegung zum Hafen Ost über die Osttangente und der Nordstraße ist extra für den Schwerlastverkehr ausgelegt und kann weiterhin für diese Zwecke genutzt werden.

Der geplante Schwerlastverkehr in der Nordstadt mit zusätzlichen Abgasen, schädlichen Emissionen und Lärmbelastungen über die Apenrader Straße und der Harrisleer Straße würde diesem Stadtteil in Zukunft erspart bleiben. Die vorhanden Gewerbeflächen mit ihren Betrieben können am Hafen Ost verbleiben und müssen nicht mit hohen Kosten und zusätzlicher Verdichtung von Grünflächen verlagert werden.

Die geplanten, geförderten Sozialwohnungen, die hier entstehen sollten, werden aufgrund der hohen Baukosten nicht entstehen können. Zudem scheint günstiger Wohnraum in dieser Lage aus Profitgründen nicht gewollt zu sein.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Der Wirtschaftshafen bleibt am Ostufer und die geplante Verlegung ans Westufer wird gestoppt*

■ *Sanierungsgebiet als Mischgebiet entwickeln und fördern*

KOMMUNALES EIGENTUM

Das Erbbaurecht wird in Kommunen noch viel zu selten genutzt. Dabei ist es eine gute Methode, Wohnraum zu schaffen, nicht benötigte Grundstücke auf den Markt zu geben, um gleichzeitig Planungshoheit zu bewahren und mögliche Filetgrundstücke auch für kommende Generationen zu sichern.

Bodenspekulation wird dadurch weitestgehend verhindert, zukünftige Gestaltungsspielräume für die Stadtentwicklung bleiben erhalten.

Der große Vorteil beim Erbbaurecht für Kommunen liegt in den Einflussmöglichkeiten auf die Nutzung des Grundstücks. Wer ein Erbbaurecht vergibt, bleibt Eigentümer des Grundstücks. Insofern liegt eine starke Motivation für die Kommunen darin, dass das „Tafelsilber“ erhalten bleibt – insbesondere im Hinblick der steigenden Grundstückspreise.

Es geht also um eine langfristige Bodenvorratspolitik für künftige Generationen. Bei der Vergabe von Erbbaurechten besteht eine größere Einflussmöglichkeit auf die Nutzung der Flächen. Wer ein Erbbaurecht vergibt, kann daran bestimmte Bedingungen knüpfen. Solche Auflagen können als Bestandteil des Vertrages gezielt Wohnraum schaffen oder die Ansiedlung von Gewerbe detailliert bestimmen. Viele andere Städte sind hier bereits Vorreiter und vergeben ihre Grundstücke nur noch in Erbpacht.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken Erbbaurecht stärker nutzen*

MINDERHEITEN

Schleswig-Holstein ist durch seine Geschichte zu einer Region vielfältiger kultureller Identitäten geworden. Heute gehören dänische, friesische, türkische, kurdische, Sinti und Roma, osteuropäische und außereuropäische Kulturen zum Alltag in unserem Bundesland. Das Zusammenleben der Menschen in unserer Region darf nicht durch fremdenfeindliche und nationalistische Strömungen in Gefahr gebracht werden. Die gemeinsame, friedliche Lebensweise diesseits und jenseits der Grenze ist einzigartig und hat Vorbildcharakter.

Neben der deutschen Mehrheitsbevölkerung ist die dänische Bevölkerungsgruppe historisch gewachsen und ein fester Bestandteil der Stadtgesellschaft. Ein rein deutsch-kulturelles Flensburg hat es nie gegeben. Für die dänische Bevölkerungsgruppe repräsentieren und gewährleisten insbesondere der SSF (Sydslesvigsk Forening), SdU (Sydslesvigs danske Ungdomsforening e.V.) sowie das dänische Bildungswesen (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.) die wichtigsten kulturellen Belange. Durch die Bonn-Kopenhagen-Erklärung (1955) wurden Rechte der deutschen bzw. dänischen Minderheit beiderseits der dänisch-deutschen

Grenze zur Grundlage für das Verhältnis beider Bevölkerungsgruppen. Es hat sich weitestgehend positiv und spannungsfrei entwickelt und ist Teil der kommunalen, regionalen und schleswig-holsteinischen Identität. Dies ist auch dem verstärkten Fokus der Landespolitik auf die Belange der beiden Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben.

Die Flensburger LINKE will eine Gesellschaft mit Rahmenbedingungen, in denen jeder Mensch seine Fähigkeiten und seine Persönlichkeit entfalten kann, in der niemand außerhalb der Gesellschaft steht und jede Person sich einbringen kann. Das ist für das Zusammenleben verschiedener Kulturen notwendig und darf nicht politischem Kalkül geopfert werden. Globale Menschenrechte und die Rechte des Grundgesetzes gelten für alle Menschen und sind unteilbar – unabhängig von ihrer kulturellen Identität. Sie sind der unentbehrliche Maßstab des Zusammenlebens aller Menschen in Schleswig-Holstein und anderswo.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Eine den Bedürfnissen der verschiedenen Kulturen angemessene finanzielle öffentliche und garantierte Förderung von sozialen, kulturellen sowie Bildungs- und Spracherwerbsangeboten, die sowohl den kulturellen Minderheiten als auch der deutschen Mehrheitsbevölkerung gerecht wird.*
- *Eine „Integration der Mehrheit“ in die*

*Vielfalt von Kulturen im Bildungsbe-
reich von Kindergärten, Schulen und
Hochschulen sowie im Arbeitsleben.*

- *Kulturelle Zentren, in denen Bil-
dungs-, Kultur- und Beratungsange-
bote, aber auch Konfliktlösungen auf
professioneller Basis durchgeführt
werden können und die die Vielfalt
der unterschiedlichen Kulturen wider-
spiegeln. Eine angemessene per-
sonelle und finanzielle Ausstattung
muss aus Landesmitteln garantiert
sein.*

- *Die Aufwertung der regionalen Spra-
chen im öffentlichen Raum.*

INTEGRATION

Die Flensburger LINKE fordert, dass allen Menschen in Deutschland, unabhängig von Ihrer Herkunft und Aufenthaltsdauer, das Existenzminimum gewährt wird. Die Ungleichbehandlung von Asylsuchenden und diskriminierende Sondergesetze müssen abgeschafft werden.

Es ist beachtlich, was Flensburg geleistet hat und sich zum ‚Sicheren Hafen‘ erklärt hat. In Flensburg sind viele Maßnahmen für ukrainische Geflüchtete organisiert. Es fehlt nur noch der Schritt zu Gleichbehandlung aller in Flensburg lebenden Geflüchteten. Auch für sie sollten die Maßnahmen ohne Einschränkungen durch den Herkunftspass gelten. Wir wollen

eine uneingeschränkte Teilhabe am ge-
sellschaftlichen und kulturellen Stadtle-
ben von Geflüchteten sicherstellen.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Die schnelle Unterbringung von Ge-
flüchteten in eigenem Wohnraum
anstatt in Sammelunterkünften.*

- *Bessere Anerkennung der ehren-
amtlichen Arbeit der Integrationshel-
fer*innen*

- *Die Stadtverwaltung darf sich nicht
nur aufs Ehrenamt verlassen, mehr
Hauptamtliche Stellen müssen ge-
schaffen werden.*

- *Kostenlose Qualifizierungsangebote*

- *Ausweitung der Angebote von quali-
fizierten Sprachkursen. Diese sollen
kostenlos zur Verfügung gestellt
werden.*

MOBILITÄT

Mobilität bedeutet für Die Flensburger LINKE Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mobil zu sein heißt für uns, die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie gut zu erreichen. Wir wollen den Umweltverbund aus Fußverkehr, Fahrrad und öffentlichem Nahverkehr stärken und die Stadt so gestalten, dass niemand mehr auf ein eigenes Auto

angewiesen ist. Im Mittelpunkt steht für uns deshalb das öffentliche Mobilitätsangebot. Mobilität ist Daseinsvorsorge!

In den letzten Jahren konnte der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr in Flensburg weiter an Bedeutung gewinnen. Trotzdem gibt es noch immer einen konstant hohen Anteil an Autoverkehr. Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir weiterhin auf die Stärkung des Umweltverbundes. Das bedeutet vor allem Kampf um eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine Verbesserung der Fuß- und Radwege.

Die Einführung des Sozialtickets war ein großer Erfolg linker Politik und muss dauerhafter Bestandteil des Preissystems sein. Wir setzen uns auch dafür ein, dass ein Kurzstreckentarif angeboten wird, um die Attraktivität zu erhöhen.

Der Busverkehr hat für uns eine wichtige Priorität. Wir brauchen ein leistungsfähiges, solide finanziertes System, welches für das Netz, den Fahrpreis und den Fahrzeugen attraktiv ist. Wir setzen uns für eine entgeltfreie Nutzung des Nahverkehrs für alle ein.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Den Erhalt und den Ausbau des Sozialtickets, der Einführung eines Kurzstreckentarifs bis hin zur entgeltfreien Nutzung des ÖPNV*

■ *Ausbau der Radwege und Stärkung des Umweltverbundes*

■ *Erneuerung und Modernisierung des ZOB – für eine barrierefreie Benutzung*

GESUNDHEIT, PFLEGE UND SOZIALES

SOZIALE STADT

Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Flensburger*innen richten und sie so in das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. In diesem umfassenden Sinne verstehen wir Sozialpolitik nicht bloß als Reparaturbetrieb für prekäre Lebenslagen, Existenznöte oder soziale Konflikte. Auch wer über ein gutes Einkommen verfügt, darf sich nicht abschotten und muss an einem sozial ausgewogenen Stadt-Milieu interessiert sein.

Die weltweiten Krisen kommen auch in unserer Stadt an. Vieles verändert sich oder wird sich noch verändern. Das Leben in der Stadt wird zunehmend unbezahlbar. Die Mieten steigen seit Jahren. Höhere Kosten für Strom, Wärme und Lebensmittel kommen jetzt dazu. Keine

andere Partei kämpft so sehr für ein bezahlbares Leben für alle. Viele Menschen in Flensburg leben unter schwierigen Bedingungen. Trotz aller Versprechen von anderen Parteien zur letzten Kommunalwahl 2018, hat sich daran nichts geändert. Im Gegenteil, die Kluft zwischen Arm und Reich ist noch größer geworden.

Die Flensburger LINKE tritt vor allem für Menschen ein, die in schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen leben müssen und deren Lage sich sogar in den letzten Jahren verschlechtert hat. Wesentlich dafür verantwortlich sind nach wie vor die unsäglichen Hartz-IV-Regelungen oder wie es jetzt heißt: Bürgergeld. Viele der Armutsbetroffenen haben sich zurückgezogen, weil sie die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage aufgegeben haben. Die Flensburger LINKE möchten gerade diese Menschen ermutigen, trotz ihrer prekären Lage und der damit einhergehenden Belastung politisch aktiv zu werden, um den Druck für notwendige gesellschaftliche Veränderungen zu erhöhen.

Die Flensburger LINKE wird mit aller Kraft daran arbeiten, der sozialen Ungleichheit in Flensburg entgegenzuwirken. Jeder hat das Recht auf eine gleichwertige Teilhabe am Stadtleben, nicht nur Reiche oder Privilegierte. Laut aktuellem Sozialatlas der Stadt Flensburg, ist die Kinderarmut bedrückend hoch. Ein Viertel aller Kinder in unserer Stadt sind von Armut betroffen, in manchen Stadtteilen sogar jedes zweite Kind. Dabei haben alle Kinder und Jugendliche das Grundrecht auf eine un-

beschwerte Kindheit. Die Finanzierung der sozialen Aufgaben der Stadt muss deutlich erhöht werden. Die Stadt muss Projekte fördern, die von Armutsbetroffenen Personen besser in die Lage versetzen, ihr Leben selbstbestimmt und würdevoll führen zu können. Es braucht Orte der Begegnung in den Nachbarschaften, um soziale Vereinsamung zu verhindern.

Mittlerweile sind viele Menschen auf Einrichtungen wie die Tafel angewiesen. Der sprunghafte Anstieg ist für die Ehrenamtlichen Helfer*innen nur noch schwer leistbar und es folgen mittlerweile Aufnahmestopps.

Der Anstieg der Menschen, die auf Tafeln in Flensburg angewiesen sind, ist ein dramatischer Weckruf und ein Zeichen, dass die Schieflage in der Stadt immer größer wird. Es ist ein unmittelbares Merkmal für die ungerechte Verteilung und dass für immer mehr Menschen der Einkauf im Supermarkt nicht mehr bezahlbar ist.

Die Tafeln versuchen diese unhaltbaren Zustände auszugleichen, wo das politische System versagt. Zu geringe Löhne und zu wenig staatliche Unterstützung bei steigenden Lebensmittelpreisen, Energiekosten und Mieten sind der Grund für den Ansturm auf die Tafeln.

Während der Bedarf explodiert und Tafeln einen Aufnahmestopp ausrufen müssen, droht gleichzeitig den ehrenamtlichen Vereinen das Aus, da sie ihre Heizkosten

nicht mehr tragen können und ihnen die steigenden Preise die Arbeit unmöglich machen.

Auf jeden Fall können die Tafeln auf die Flensburger LINKE bauen. So können die fleißigen Frauen und Männer, die sie mit vielen Ideen und freiwilliger Arbeit am Leben halten, darauf verlassen, dass Die Flensburger LINKE für eine finanzielle Unterstützung kämpfen wird. Beispielsweise bei den Betriebskosten, Anschaffung neuer, energiesparender Geräte oder der Übernahme von Mietkosten.

Wir schauen bei Obdach- und Wohnungslosen in Flensburg nicht weg. Es verringert sich die Zahl der möglichen Rückzugsorte, dadurch werden zunehmend öffentliche Plätze und Gebäude als Aufenthaltsorte genutzt. Zu beachten ist hierbei, dass wohnungslose Personen oft durch das gängige Hilfesystem nicht erfasst werden. Hier sehen wir die Stadtverwaltung mehr in der Pflicht. Eine stabile und sichere Unterkunft ist für uns die Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren Probleme („Housing First“). Das Halten bzw. die Anmietung eigenen Wohnraums muss im Mittelpunkt stehen. Auf dem Weg dorthin dürfen die Unterstützungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose nicht vernachlässigt werden. Wir wollen, dass sich die Stadtverwaltung noch intensiver mit diesem Thema auseinandersetzt. Dabei fordern wir, dass die Stadt Flensburg Mietkautionen, Bürgschaften oder Genossenschaftsanteile übernimmt, wenn das Jobcenter nicht handelt. Die Flensburger LINKE will eine zügige Um-

setzung weiterer niedrigschwelliger Modellvorhaben für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Damit ein langfristiges Wohnen jenseits der Notunterkunft ermöglicht werden kann, wie zum Beispiel die Schaffung eines Modellprojektes „Housing First“, mit der Wohnungslosen ohne Vorbedingungen eine Wohnung und nach Bedarf soziale Begleitung zur Verfügung gestellt bekommen.

Vor allem die Flensburger Stadtteile Neustadt und Duburg, aber auch andere Stadtteile in Flensburg haben mit massiven sozialen Problemen zu kämpfen. Die Flensburger LINKE hält für die Unterstützung der Bevölkerung in den sozialen Brennpunkten Flensburgs die Erarbeitung eines neuen Konzepts sozialer Arbeit der Stadt in Zusammenarbeit mit den Quartiersnachbarschaften für zwingend erforderlich. Dafür braucht es mehr Sozialarbeiter*innen, Streetworker*innen und aufsuchende Sozialarbeit. Dazu im Viertel präsenste Kontaktpersonen sowie niedrigschwellige, psychosoziale Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote für unterschiedliche Personengruppen. Und es ist ebenso ein entsprechendes Angebot für Migrant*innen, die die deutsche Sprache kaum oder gar nicht beherrschen, bereit zu stellen. Die Flensburger LINKE hält auch die Einrichtung von öffentlich finanzierten Nachbarschaftscafés als kulturellen Treffpunkt und Kontaktbörse in den Kiezen, die auch Menschen mit niedrigem Einkommen nutzen können, für sinnvoll.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Einführung von „Housing First“*
- *Die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken und weiter ausbauen*
- *Einrichtung von Nachbarschaftstreffpunkte in den Stadtteilen*
- *Initiierung eines Bündnisses zur Bekämpfung von Kinderarmut*
- *Stärkung der Tafeln*
- *Soziale Ungleichheit in der Stadt bekämpfen*

GLEICHSTELLUNG

Einhundert Jahre nach dem Erklämpfen des Wahlrechts haben Frauen immer noch nicht die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben wie Männer. Sie erhalten pro Arbeitsstunde durchschnittlich 21% weniger Geld als Männer und arbeiten fast doppelt so häufig im Niedriglohsektor.

Obwohl Frauen die Männer in den letzten Jahrzehnten bei den Bildungsabschlüssen ein- und überholt haben, sehen sie sich im Berufs- und Familienleben immer noch mit struktureller Benachteiligung und einer unzeitgemäßen Geschlechterordnung konfrontiert. Gleichstellungspolitik ist daher für Die Flensburger LINKE vor allem eine Frage der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Diese be-

steht sowohl in der Anfechtung von klar fixierten männlichen und weiblichen sozialen Rollen als auch im Eintreten für die gleiche Teilhabe von Frauen*, Männern sowie Menschen, die jenseits der Norm der Zweigeschlechtlichkeit leben, an allen gesellschaftlichen sowie beruflichen Bereichen und Ressourcen und ihren Schutz vor Diskriminierung und Gewalt.

Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe: Alle Politikbereiche müssen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft werden. Das bedeutet einen der gesellschaftlichen Verteilung entsprechenden Anteil an Frauen* in Entscheidungsgremien der Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur, etc. Es bedeutet eine Steigerung der Frauen*erwerbsquote in gut entlohnten, Tarifgebundenen, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit*
- *Alle politischen Mandate und öffentlichen Ämter sollen geschlechterparitätisch besetzt werden.*
- *Frauen brauchen einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt. Die verbindliche, ausreichende und verlässliche Finanzierung von Schutz- und Hilfseinrichtungen muss garantiert sein.*

■ *Die soziale Infrastruktur für Familie, Kinder und Jugendliche muss wieder ausgebaut werden. Dazu gehört eine gebührenfreie bedarfs- und altersgerechte Kinderganztagsbetreuung, auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten.*

■ *Die finanzielle Absicherung von Beratungsstellen und Frauenhäuser.*

INKLUSION & BARRIEREFREIHEIT

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung bilden ein Querschnittsthema, welches viele Lebensbereiche betrifft. Barrierefreiheit hilft uns allen: Nach einem Unfall, im hohen Alter, nach einem Schlaganfall oder mit einem Kinderwagen, etc. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um diesen Menschen die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern.

Aber es bleibt noch viel zu tun, um Flensburg überall barrierefrei zu gestalten. Noch zu oft scheitern notwendige und mögliche Lösungen an Unwissenheit oder an angeblichen Sparzwängen.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden, einschließlich der Wahllokale*

■ *Die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderung*

■ *Mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben*

■ *Den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung*

■ *Mehr barrierefreie Wohnungen in allen Stadtteilen zu erschwinglichen Mieten*

■ *Wo noch nicht geschehen, die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen durch die Absenkung der Bordsteine*

■ *Die Erweiterung des Blindenleitsystems, die Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben sowie die Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln.*

PFLEGE & GESUNDHEIT

Das Pflegepersonalstärkungsgesetz 2019 zeigt eklatante Lücken:

Neben den Pflegekräften müssen alle anderen, weiteren medizinische und therapeutische Berufe in dieses Gesetz mit aufgenommen werden. Die Flensburger LINKE wird hier Druck machen. Wir werden Initiative ergreifen damit das Gesetz der so genannten Pflegepersonalregelung 2.0 (PPR 2.0) konkret umgesetzt wird.

Die Flensburger LINKE setzt sich für eine öffentlich organisierte, angemessen finanzierte und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auch auf Bundesebene ein.

Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen sicherstellen: Der Fachkräftemangel und die demographische Entwicklung führen zu einer zugespitzten Versorgung durch Hausärzt*innen, Fachärzt*innen und therapeutische Praxen. Flensburg hatte einen Standortvorteil gegenüber dem Umland. Diese Zeiten sind nun vorbei. Viele Flensburger*innen (insbesondere die neu Zugezogenen) müssen auf Hausärzt*innen und Fachärzt*innen aus dem Umland ausweichen, da die örtlichen Hausarztpraxen überbelegt und überbelastet sind. Die Wartezeiten im Bereich der Fachärzt*innen steigt von Wochen inzwischen auf mehrere Monate. Teilweise müssen Flensburger*innen mehr als ein halbes Jahr auf einen Termin bei Fachärzt*innen warten. Die Versor-

gung durch therapeutische Angebote ist ebenfalls deutlich zu gering. Um dies für die Zukunft zu verhindern, setzt sich die Flensburger LINKE für folgende Maßnahmen ein:

Alle 2 Jahre wird das Flensburger Gesundheitsamt mit einem umfassenden Bericht in allen Stadtteilen zur örtlichen Gesundheitsversorgung beauftragt. Hier sollen Defizite in der Gesundheitsversorgung frühzeitig aufgedeckt werden.

Die Flensburger LINKE setzt sich dafür ein, dass in allen Stadtteilen Gesundheitszentren entstehen. Hier könnten Hausärzt*innen, Fachärzt*innen, therapeutische Angebote und Apotheken gemeinsam unter einem Dach arbeiten. Dies verbessert auch die Versorgung von Erkrankten, Senior*innen und Menschen mit Behinderung.

Um den akuten Bedarf an psychologischen/ therapeutischen Angeboten zu decken schreibt die Stadt Flensburg zukünftig mehrere Stipendien im Bereich Psychologie aus. Um den Stipendiat*innen danach eine Praxis innerhalb der Stadt für mindestens 15 Jahre zur Verfügung zu stellen. Die Menschen und ihre Gesundheit müssen im Mittelpunkt stehen!

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Wohnungsnaher Gesundheitsversorgung durch Gesundheitszentren in allen Stadtteilen fördern und ausbauen*

■ *Einführung eines Berichts über den Stand der Gesundheitsversorgung in allen Stadtteilen*

■ *Versorgungssicherheit auch in Zukunft sicherstellen: Ausschreibungen von Stipendiaten von Medizin- und Psychologie-Studiengängen durch die Stadt*

ZENTRALKRANKENHAUS

Die Flensburger Ratsversammlung hat ein großes Projekt beschlossen: Der Neubau des Zentralkrankenhauses am Peelwatt. Die Flensburger LINKE hat dieses Vorhaben in der vorgestellten Planung stets abgelehnt. Gerade in dieser Situation rächt sich auch, dass die Stadt sich kein kommunales Krankenhaus vorstellen konnte, da nun auch die Mitarbeitendenvertretung ein zahnloser Papiertiger ist und die Belange der Beschäftigten z.B. mit einem Sozialplan nicht schützen kann.

Die Flensburger LINKE befürwortet ein neues Krankenhaus für die Stadt, jedoch haben wir andere Vorstellungen - Grundsätzlich sehen wir die Gesundheitsversorgung als Daseinsfürsorge für alle - ohne Kostendruck und Profitgier. Die Finanzierung der Krankenhäuser muss sich zukünftig konsequent an dem medizinischen Bedarf der Patient*innen und nicht an ökonomischen Zielen ausrichten. Wir wollen ein Krankenhaus, das in kommunaler Hand und frei von jeglicher Konfessionsbindung oder einem

großen Konzern zugehörig ist. Die uneingeschränkte Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen muss u.a. eine Grundleistung des neuen Krankenhauses sein.

Die Debatte um ein neues Krankenhaus muss transparent und öffentlich unter Beteiligung der Einwohner*innen geführt werden.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Eine Beschäftigungsgarantie für alle Angestellten, inklusive aller Tochterunternehmen.*

■ *Tarifgebundene Arbeitsentgelte für alle Beschäftigten*

■ *Für jede Station/Arbeitsbereich: Zwischen dem Arbeitgeber*innen und der Mitarbeitendenvertretung per Dienstvereinbarung verhandelte durchschnittliche Personalbesetzungen für alle Berufsgruppen. Die jeweils über die gesetzliche Mindestbesetzung hinausgeht.*

■ *Sicherstellung der Behandlung von Schwangerschaftsabbrüchen im Krankenhausgebäude.*

■ *Keine Schließung von medizinischen Abteilungen (z.B. Gynäkologie/Geburtenstation) und Erhalt eines vollumfänglichen Leistungsangebots.*

■ *Um weiteren Fachkräftemangel vorzubeugen: Arbeitgeber*innen und Mitarbeitendenvertretung verhan-*

deln pro Jahr eine Ausbildungsquote für alle Ausbildungsberufe, die den Bedarf an neuen Fachkräften im Krankenhaus decken.

FRAUEN* GESUNDHEIT IN DER KOMMUNE

Die Flensburger LINKE setzt sich für eine Förderung der Geschlechtergerechtigkeit ein und damit für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* an allen Lebensbereichen, insbesondere dem Gesundheitswesen. Zudem fordern wir den uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmethoden und abortiven Dienstleistungen für Frauen* und den Erhalt der jetzigen Stellen zur Beratung und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen. Für uns steht die kritische Begleitung des Prozesses zur Krankenhaussituation im Mittelpunkt.

Die Flensburger LINKE kämpft gegen jegliche Form von Gewalt gegen Frauen* und unterstützt Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems. Deren Schutz ist mit der Istanbul-Konvention verbindlich, und doch fehlt es an ausreichend finanzieller Unterstützung für Frauenhäuser, so dass immer mehr Hilfesuchende abgewiesen werden müssen. Das Frauenhaus und die Beratungsstellen zu häuslicher Gewalt werden in den kommenden Jahren neue Strukturen und Unterstützungsangebote brauchen.

Hier benötigen wir mehr Plätze und mehr Personal. Hinzu kommt das Problem, dass es in Flensburg immer weniger bezahlbaren Wohnraum für die Frauen und Kinder gibt und sie so länger in den Frauenhäusern bleiben müssen. Eine kommunale Verantwortung für diesen Bereich muss immer wieder aufs Neue eingefordert werden. Die Flensburger LINKE setzt sich für eine stärkere Präventionsstrategie ein, die Frauen* dabei unterstützt, ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden zu verbessern.

Die Flensburger LINKE sorgt für eine inklusive Gesundheitsversorgung, die die Bedürfnisse aller Frauen*, einschließlich benachteiligter und marginalisierter Gruppen, berücksichtigt. Angefangen bei Übersetzungen von Formblättern bis hin zu barrierearmen Versorgungsangeboten für alle. Die Flensburger LINKE unterstützt die kommunale Bildungslandschaft und Bildungsprogramme, die Frauen* über ihre Gesundheitsrechte und -bedürfnisse informieren und ihnen helfen, ihre Gesundheit zu verbessern.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Förderung von Geschlechtergerechtigkeit*
- *Zugang zu Reproduktionsrechten*
- *Die kritische Begleitung des Prozesses zur Krankenhaussituation*
- *Stärkung der Prävention*

■ *Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**

■ *Inklusive Gesundheitsversorgung*

■ *Bildung für Frauengesundheit*

■ *Kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln und Verhütungsmitteln in allen öffentlichen Gebäuden .*

■ *Abschaffung von §218 StGB*

SENIOR*INNEN

Flensburg ist eine Stadt für alle Generationen. Selbstbestimmtes Altern in Würde ist ein unveräußerliches Menschenrecht und ein Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren. Dazu bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen wie der altersgerechten Gestaltung des Wohnumfeldes, entsprechender Verkehrslösungen und tragfähiger Bedingungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege. Zu einer lebenswerten Stadt gehört aber auch, dass sich alle Generationen begegnen, sich unterstützen und voneinander lernen können.

Für die Senior*innen muss zukünftig noch mehr Barrierefreiheit geschaffen und Sicht- und Gehbehinderungen abgebaut werden. Gut ausgebauter Nahverkehr und ein weitreichendes Netz der Gesundheitsversorgung sind dabei

elementar, sowie fußläufig erreichbare Möglichkeiten zum Einkaufen sowie gut erreichbare medizinische und öffentliche Einrichtungen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass altengerechte Wohnungen und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum nicht vernachlässigt wird. Dazu gehört auch eine ausreichende Anzahl an öffentlichen, kostenlosen und freundlichen Toiletten in Flensburg dazu.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für Ältere in den sozialen, kulturellen und politischen Bereichen des städtischen Lebens*

■ *Den Bau von wesentlich mehr Senior*innen Wohnungen und den Umbau bestehender Wohnungen*

■ *Ein Tarifsystem im ÖPNV, das für Senior*innen bezahlbar ist, z.B. ein Senior*innen Ticket im ÖPNV*

■ *Einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen*

■ *Eine Stadt der kurzen Wege (Ärzt*innen, Einkaufsmöglichkeiten usw. in der Nähe)*

■ *Die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus*

■ *Die verstärkte und flächendeckende*

Förderung von generationsübergreifenden Projekten

■ *Mehr öffentliche, kostenfreie und saubere Toiletten in den Stadtteilen*

KLIMA, UMWELT UND NATURSCHUTZ

NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

Flensburg ist eine lebendige vielfältige Stadt. Die Die Flensburger LINKE wird nie akzeptieren, dass bestimmte Teile der Stadt den Reichen und privaten Investoren vorbehalten sind. Die Stadt muss für alle da sein und bezahlbar für alle bleiben. Viel zu oft wurden privaten Investoren Türen und Tore geöffnet und es wurden Bauprojekte verwirklicht, die nicht der gesamten Stadt zugutekamen.

Städtische Grün- und Freiflächen stehen angesichts des Wohnraum Mangels und der explodierenden Grundstückspreise unter starkem Verwertungsdruck. Umweltschutz, Freiraumplanung, Stadtplanung und Wohnungspolitik müssen ganzheitlich gedacht werden. Stadtgrün ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das TBZ muss für die Pflege und die Neuanlage städtischer Grün- und Freiflächen

besser ausgestattet werden, mit Wissen, städtebaulichen Instrumenten und finanziellen Ressourcen. Auch der Bund mit seinen Flächen ist in der Pflicht. Die Privatisierung öffentlichen Eigentums wollen wir stoppen. Denn die Verwertung von Liegenschaften bedeutet allzu oft die maximale Versiegelung.

Dabei steht Die Flensburger LINKE solidarisch an der Seite der Bürger*innen, die sich gegen die Bebauung wehren und unterstützt diese im Kampf gegen die großen, privaten Baukonzerne. Die Flensburger LINKE fordert, dass es besonders in der dichtbesiedelten Innenstadt keine weiteren Bauvorhaben auf Grünflächen sowie insbesondere auf Flächen im Landschafts- oder Naturschutzgebieten geben darf, um auch dort die Lebensqualität zu erhalten. Stattdessen sollen über ein Brachflächen-, Baulücken- und Leerstandskataster Baulücken erschlossen und Leerstand verhindert werden. Egal ob auf dem Peelwatt zum Bau des Zentralkrankenhauses oder die angedachte Gewerbefläche für die Flensburger Brauerei in der Westerallee, immer wieder mussten in den letzten Jahren Kleingartenanlagen und Kolonien für geplante Bauprojekte weichen. Die Flensburger LINKE setzt sich deshalb für einen Bestandsschutz aller Flensburger Kleingartenanlagen und Schrebergärten bis mindestens 2035 ein.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Schluss mit monströsen Bauprojekten, die nur den Profit im Auge*

haben.

■ *Spekulanten ausbremsen, die die Menschen im Viertel mit Mieterhöhungen und Luxussanierungen unter Druck setzen.*

■ *Wer in Flensburg investieren möchte, muss auch Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt übernehmen und dabei den Nutzen für alle Menschen und der Umwelt fördern.*

■ *Grünflächen, die zur Naherholung und zur Stabilisierung des Klimas dienen, müssen erhalten bleiben.*

■ *Linke Freiräume müssen erhalten bleiben.*

■ *Zügige, soziale und konsequente Energiewende bei den Stadtwerken.*

KLIMA UND UMWELTSCHUTZ

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Viel Zeit bleibt nicht mehr, den Klimawandel aufzuhalten. Schon jetzt spüren wir die Auswirkungen in Flensburg – die Stürme werden heftiger, die Förde tritt öfter über die Kaimauern und bedroht dabei die Bausubstanz der Altstadt. Die Sommer werden heißer und länger, verbunden mit großen Schäden an Infrastruktur und unserer Umwelt.

Die Flensburger LINKE nimmt den Klimawandel ernst. Gemeinsam müssen wir alles daran setzen, dass der Klimawandel abgemildert wird und die Folgen für unsere Stadt so gering wie möglich sind. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Bäume gepflanzt werden, z.B. in der Fußgänger*innenzone oder auf der Mittelinsel von stark befahrenen Hauptstraßen. Bäume sind ein wesentlicher Faktor für eine gesunde Stadtluft und spenden Schatten, sodass das Aufheizen der Stadt dadurch abgemildert werden kann. Brache Grünflächen können für Wildblumen genutzt werden, um Insekten und Tieren, das Leben in der Stadt zu vereinfachen und die Artenvielfalt zu erhalten. Wir unterstützen Initiativen für das „Urban Gardening“. Dies wird in anderen europäischen Ländern schon erfolgreich betrieben. Die Flensburger LINKE setzt sich dafür ein, dass die Stadtverwaltung in den Dialog mit den Wohnungsbaugenossenschaften und Wohnungseigentümer*innen tritt um auf deren Wohnanlagen das „Urban Gardening“ zu ermöglichen. Auch kleinere Maßnahmen und Initiativen zur Begrünung der Stadt, beispielsweise die Dächer von Bushaltestellen oder vernachlässigte Grünflächen, dienen der Verbesserung der Stadtluft. Wir müssen alles tun, um den Klimawandel aufzuhalten. Die Flensburger LINKE setzt sich dafür ein, dass Steingärten verboten bleiben und ein Rückbau bei Eigentümer*innen erwirkt wird.

Alle öffentlichen Einrichtungen müssen mit gutem Beispiel voran gehen und die öffentlichen Gebäude müssen energie-

tisch saniert werden. Die Flensburger LINKE begrüßt auch die Begrünung von Dächern auf öffentlichen Gebäuden.

Die Flensburger LINKE hält den nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen auch in Flensburg für eine zentrale Aufgabe und Herausforderung der Stadtgesellschaft. In diesem Zusammenhang will die Flensburger LINKE der Wiederverwendung von Baumaterialien, Textilien, Bekleidung und Konsumgütern, wie z. B. Möbeln und Elektrogeräten Vorrang vor Neukauf einräumen. Die Aufarbeitung und Wiederherstellung von Gebrauchsgütern, die z. B. in den Flensburger Recycling-Höfen abgegeben werden, muss in stärkerem Umfang über öffentliche oder gemeinwirtschaftliche Werkstätten mit angeschlossenen Verkaufsstellen organisiert werden.

Ebenso sollte ein öffentlicher Recycling-Bauhof aufgebaut werden, der zur Wiederverwendung geeignete Baustoffe sammelt und in den Stoffkreislauf zurückführt. Hierzu gehört auch die Beratung bei der Verwendung von recycelten Baustoffen. Ein Schritt zur weiteren Nachhaltigkeit wäre auch die Einrichtung von Recycling-Werkstätten in den Stadtteilen, angelehnt an das Fablab der Europa-Universität Flensburg, in denen Bewohner*innen kostenfrei unter fachkundiger Anleitung Möbel, Fahrräder oder auch Haushaltsgeräte selbst reparieren können. Auch eine Textilwerkstatt wäre sinnvoll. Bereits vorhandene Werkstätten sollten als Beispiel für den Aufbau weiterer, öffentlicher Werkstätten in den

Stadtvierteln dienen. Eine entsprechende öffentliche Finanzierung ist sicher zu stellen.

Die Wasserqualität der Flensburger Förde hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verschlechtert. Der Meeresgrund der Förde gleicht einer Wüste. Das Verbot der Muschelfischerei auf der deutschen Seite der Förde muss endlich auch auf der dänischen Seite gelten. Des Weiteren braucht es einen überkommunalen Ausschuss, sowohl mit dem Kreis Schleswig-Flensburg als auch mit den benachbarten dänischen Kommunen. Mit diesem Ausschuss haben wir die Chance regionale Maßnahmen zur Förderung der Wasserqualität nachhaltig und dauerhaft sicher zu stellen.

Die Flensburger LINKE solidarisiert sich mit dem Klimabegehren Flensburg. Wir werden die erfolgreiche Umsetzung zu einer klimaneutralen Energiegewinnung der Stadtwerke Flensburg parlamentarisch begleiten. Wir sehen es als unsere Pflicht an, dass alle Maßnahmen innerhalb der Umsetzung für alle Flensburger*innen finanzierbar sind!

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Die Förde muss als Ganzes unter Naturschutz gestellt werden, keine Muschelfischerei und keine Umweltbelastungen mehr für die Flensburger Förde. Dies gilt es auch mit Dänemark abzusprechen und durchzusetzen.*

■ *Begrünung und Bäume pflanzen an besonders verkehrsreichen Bereichen.*

■ *Förderung von „Urban Gardening“.*

■ *Begrünung der Dächer von Bushaltestellen.*

■ *Energetische Sanierung und Begrünung von Dächern bei öffentlichen Gebäuden.*

■ *Steingärten lehnen wir ab.*

■ *Eine Entwicklung von Gärten und öffentlichen Grünflächen zu Oasen der Biodiversität und Artenvielfalt.*

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die Flensburger LINKE wird die Kommunalpolitik nutzen, um in Flensburg wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sinne von Arbeitnehmer*innen zu treffen. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf um eine faire Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, um gute Arbeitsbedingungen, armutsfeste Löhne und Renten wird vor allem durch die Erwerbstätigen selbst und die Gewerkschaften vorangetrieben und durch die Flensburger LINKE aktiv unterstützt. Trotz des Rückgangs bei den offiziellen Arbeitslosenzahlen ist Flensburg immer noch eine Hochburg der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und unfreiwillige Teilzeitarbeit sowie

der Niedriglohnsektor beeinflussen die Einkommenssituation, die materielle Absicherung und Lebensplanung der Menschen in Flensburg negativ.

Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu reduzieren, kommt der Stadtverwaltung und ihren Tochtergesellschaften eine besondere Rolle zu. Zum einen für die dort Beschäftigten, zum anderen als wichtige Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf, können die kommunalen Betriebe direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren Durchsetzung zu einem Kriterium machen. Wir wollen, dass die Ergebnisse wirtschaftlicher Tätigkeit dazu dienen, die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und der Stadt die notwendigen Einnahmen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Zu ihrer Zukunftsfähigkeit gehören qualifizierte Bildung, Ausbildung und Weiterbildung und eine leistungsfähige Daseinsvorsorge ebenso wie die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung.

Die Flensburger LINKE begrüßt es, wenn Unternehmen sich in Flensburg ansiedeln oder sich erweitern wollen. Hier muss aber behutsam, mit der Stadtgesellschaft auf demokratischem Wege entschieden werden, welche Standorte in Frage kommen. Wir lehnen es ab, wenn Investor*innen für niedrig bezahlte Arbeit und schlechten Arbeitsbedingungen Tür und Tor geöffnet werden und dafür vorhandene Natur- oder öffentliche Flächen bebaut werden.

Wir fördern und kämpfen für den Erhalt von kleinen Handels- und Handwerksbetrieben. Die Flensburger LINKE wird sich einer Verdrängung von lokalen Betrieben durch Ketten und „Global Playern“ entschieden entgegenstellen. Der Erhalt von kleinen Nahversorgern und Betrieben, z.B. Kioske, Bäcker etc. sind eine Bereicherung der Stadtteile und müssen erhalten bleiben. Entsprechend muss auch das Einzelhandelskonzept für die Stadt überarbeitet werden.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen.*
- *Eine Tarifbindung, wo sie noch nicht existiert; auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen müssen gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen beachtet werden.*
- *Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch reguläre Arbeitsverhältnisse; Teilzeitbeschäftigten ist die Rückkehr in Vollzeitverhältnisse zu ermöglichen.*
- *Erhalt und Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften*
- *Chancengleichheit bei der Vergabe*

*von geeigneten Ausbildungsplätzen für Absolvent*innen aller Schulformen*

■ *Erhaltung von kleinen, lokalen Betrieben*

■ *Familienfreundlichkeit beim Arbeitsplatz fördern*

■ *Betriebe mit tarifgebundenen Arbeitsplätzen ist Vorrang zu geben*

KULTUR UND TOURISMUS

KULTUR

Die kulturelle Landschaft in Flensburg ist für den gesellschaftlichen Nutzen und für die Menschen sehr wichtig.

Eine breite Kulturszene steht für ein lebendiges und vielfältiges Flensburg. Sie ist ein Indikator dafür, ob ein vielfältiger Dialog stattfindet und sich weitreichende Möglichkeiten für die persönliche Entfaltung aller Menschen bieten. Kultur ist eben nicht nur die sogenannte Hochkultur, sondern gerade auch Alltagskultur, „Kultur von unten“, die freie Kulturszene und vor allem auch Kultur in den Stadtteilen.

Dabei müssen die Kulturangebote für jeden Menschen in Flensburg zugänglich sein. Betriebswirtschaftliche Aspekte sollten in der Kulturförderung keine Rolle spielen.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ Eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt mit den alternativen Kultureinrichtungen, mit einer dynamischen Erhöhung unter Berücksichtigung von Lohn- und Inflationssteigerungen.

■ Erhalt und Förderung von Ateliers und Kunsträumen in den Stadtteilen sowie Initiativen für kostenlose Atelier- und Probenräume langfristig in Flensburg zu etablieren

■ Die Vertiefung der Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der freien Szene.

■ Erhaltung der Standorte und des Betriebes von Volksbad, Theaterwerkstatt Pilkentafel sowie dem Kühlhaus.

■ Keine Kürzungen der Zuschüsse im Kulturbereich bei den Zahlungen des Landestheaters, der Musikschule und der Niederdeutschen Bühne, den Museen, der Phänomenta sowie der Stadtbibliothek.

■ Sozialverträgliche Eintrittspreise und Verstetigung des Kulturschlüssels.

■ Die Verbesserung der Arbeitsbe-

dingungen der Beschäftigten in der freien Kulturszene.

■ Förderung von Graffiti als künstlerische Ausdrucksform und eine verlässliche personelle und sachliche Förderung einer Koordinierungsstelle im Kulturbüro für Graffiti und die Schaffung von neuen legalen Graffiti-Flächen

■ Die Weiterbildung von Mitarbeiter*innen kommunaler Einrichtungen und Tochtergesellschaften im Bereich interkulturelle Kompetenz.

■ Erhaltung des Freien Radios Flensburg – Radio Fratz sowie des Offenen Kanals Flensburg

■ Alternative Wohnformen sind eine Bereicherung. Diese wollen wir absichern und fördern. Dazu gehören insbesondere die Wohnprojekte am Hafermarkt, Senffabrik und Octopus Garden

TOURISMUS

Flensburg profitiert von den zahlreichen Besucher*innen, die in und um Flensburg Urlaub machen. Wir leben in einer der attraktivsten Regionen Deutschlands. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt und sichert viele Arbeitsplätze. Investor*innen haben den attraktiven Standort schon länger für sich entdeckt. Immer wieder werden Forderungen laut, noch mehr Hotels in

der Flensburger Innenstadt zu bauen. Wir begrüßen den Tourismus in Flensburg, er darf aber nicht zur Belastung von Mensch und Umwelt gehen. Die Schaffung von neuem und bezahlbarem Wohnraum für die Menschen in Flensburg muss wichtiger sein als immer neue Hotelbauprojekte zu realisieren.

Die Qualität der Flensburger Strände muss ausgebaut und verbessert werden, um die Attraktivität sowohl für alle Flensburger*innen als auch für Tourist*innen sicherzustellen.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Saubere und freundliche öffentliche Toiletten*

■ *Attraktive und saubere Strände*

■ *Barrierefreie Angebote für Tourist*innen mit Behinderung*

■ *Wohnungsbau vor Hotelbau*

■ *ÖPNV-Saisonticket für Urlauber*innen*

BILDUNG UND SPORT

Allen Kindern und Jugendlichen muss Bildung gleichermaßen zugänglich sein, unentgeltlich und unabhängig vom Einkommen der Eltern. Denn insbesondere in einem wohlhabenden Land, wie Deutschland, ist es ein Skandal, wie wenig in Bildung investiert wird. Die Flensburger LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängig ist. Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung von (Berufs-)Schüler*innen zur Schule.

Die Flensburger LINKE setzt sich auch dafür ein, dass die Sanierung und notwendige Neubauten der Schulgebäude vorangetrieben wird. Viele Gebäude sind sanierungsbedürftig und müssen an den digitalen Standard des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Tatsächlich existieren an manchen Schulen sogar noch Außentoiletten oder Toilettenräume sind durch Defekte außer Betrieb. Grundlage für gutes Lernen ist eine funktionierende und moderne Ausstattung.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Einen Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien inklusiven, wohnortnahen Kita-Platz für jedes Flensburger Kind von Anfang an.*

■ *Keine kommunale Kindertagesstätte darf privatisiert werden.*

■ *Höherer Personalschlüssel in den Kitas und im Hort.*

■ *Kostenloses Mittagessen für alle Kinder in Flensburg.*

■ *Kostenlose Beförderung der Schüler*innen, Azubis.*

■ *Lernmittelfreiheit.*

■ *Ausbau der digitalen Infrastruktur der Bildungseinrichtungen.*

■ *Werbeverbot der Bundeswehr an allen Flensburger Schulen.*

■ *Sanierungsstau von Schulgebäuden auflösen und Neubauten vorantreiben.*

■ *Wir fordern einen festen Sportplatz für den Roten Stern Flensburg.*

KINDER & JUGENDLICHE

Insbesondere durch die Corona-Pandemie wurde deutlich das Kinder und Jugendliche innerhalb unserer Gesellschaft viel zu selten gehört werden. Wir als die Flensburger LINKE wollen dies in Flensburg ändern. Wir fordern Kinder- und Jugendbeiräte (KuJB) für Kinder ab 8 Jahren in allen Flensburger Stadtteilen. Die KuJB sollen bei allen Stadtentwicklungen, die für Kinder und Jugendlichen von Inter-

esse sind angehört werden. Außerdem können sie selbst Vorschläge für eine Kinder- und Jugendgerechte Umgebung in ihrem Stadtteil machen.

SICHERHEIT DURCH PRÄVENTION

Wir wissen, dass die öffentliche und persönliche Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität weiterhin im Fokus der Bevölkerung stehen, wobei es einen großen Unterschied zwischen dem individuellen Sicherheitsempfinden und der objektiven Sicherheitslage gibt.

Gleichwohl bedeutet die Flensburger LINKE Ordnungs- und Sicherheitspolitik in erster Linie Prävention. Für uns heißt das nicht die Verschärfung des Polizeirechts oder mehr Repression wie z. B. Videoüberwachung oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern mehr soziale Teilhabe, um die Ursachen von Gewalt und Straftaten gesamtgesellschaftlich zu verringern. Ein autoritäres Sicherheitsdenken und die darauf beruhende Law-and-Order-Politik lehnen wir ab, sowie einen kommunalen Ordnungsdienst. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo Menschen seelisch und körperlich bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

Ein zentraler Punkt linker Politik ist die Gefahrenabwehr. Die Berufsfeuerwehr nimmt hier im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz, als Träger des Rettungsdienstes und als Katastrophenschutzbehörde eine ganz zentrale Rolle ein. Um den Aufgaben und dem steigenden Einsatzaufkommen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden, ist der Neubau der Hauptfeuerwache unerlässlich.

Um den Schutz der Bürger*innen langfristig sicherzustellen, ist es uns als die Flensburger LINKE besonders wichtig, dass alle Bereiche des Stadtgebietes innerhalb der Hilfsfrist und ohne Kompromisse abgedeckt werden. Das ist für uns der entscheidende Maßstab in der Standortfrage der neuen Hauptfeuerwache.

Nicht weniger wichtig sind uns die sechs Freiwilligen Feuerwehren und ihre vielen ehrenamtlichen Kräfte. Marode Liegenschaften müssen schnellstmöglich saniert oder neu gebaut werden, um den engagierten Ehrenamtler*innen die Rahmenbedingungen zu geben, die für ihre verantwortungsvolle Aufgabe notwendig sind und die sich durch ihren Einsatz für die Sicherheit der Flensburger*innen verdienen.

Der Schutz der Bürger*innen über die „Alltagsgefahren“ hinaus ist unebenfalls ein großes Anliegen. Wir setzen uns für den Ausbau von kritischer Infrastruktur (z.B. Warneinrichtungen, Notstromversorgung, Trinkwassernotfallversorgung, usw.) ein und wollen die finanziellen Mittel in der Haushaltsplanung deutlich er-

höhen, um die größtmögliche Sicherheit für die Flensburger*innen im Katastrophenfall zu gewährleisten.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Eine konsequente Beachtung der berechtigten Sicherheitsbedürfnisse aller Menschen*
- *Den Erhalt von Mischnutzungen in den Stadtteilen, denn eine stabile Mischung von Wohnen, Arbeiten und Einkaufen gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche Fürsorge einen Schutz vor Kriminalität bieten kann*
- *Eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung usw.), um Angsträume zu verhindern*
- *Mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern (Bürger*innenvereine, Wagenplätze, Stadtteilcafés, Quartiersmanagement usw.)*
- *Die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine gezielte Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund*
- *Die Möglichkeit des straffreien Kon-*

sumierens von mitgeführten Drogen durch die Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes

■ *Die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare Fahrradgaragen und -boxen*

■ *Ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für mehr Abfallbehälter sowie für mehr Aufklärung zu den Sammelsystemen, um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern*

FINANZEN

Die Flensburger LINKE will die finanzielle Situation der Stadt stärken, damit die notwendigen städtischen Investitionen vorgenommen werden können. Wir wollen eine auskömmliche Grundfinanzierung der kreisfreien Städte erreichen.

Die Bürger*innen erwarten, dass wir eine ausreichende Daseinsvorsorge garantieren können. Allein der bei Infrastruktur, Schulen, und städtischen Liegenschaften aufgelaufene Sanierungsstau macht deutlich, dass die bisherigen jährlichen Investitionen erheblich erhöht werden müssen, um das Bestehende erhalten zu können und die Gestaltungschancen der kommenden Jahre zu nutzen. Dies

setzt allerdings voraus, dass uns diese Möglichkeit durch das Land auch gegeben wird. Die Stadt muss dann ihrerseits sicherstellen, dass die geplanten Maßnahmen zügig umgesetzt werden können. Die Mittel für das benötigte Personal zur Beschleunigung notwendiger Investitionen muss zur Verfügung gestellt werden. Die Flensburger LINKE wird dafür sorgen, dass für die Weiterentwicklung der wachsenden Stadt erforderliche Aufwendungen auf einem verlässlichen und angemessenen Niveau umgesetzt werden. Dies gilt ebenso für den Bau von Schulen und Kindertagesstätten wie auch für die Sanierung der Straßen und den Wohnungsbau.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Stärkung der finanziellen Ausstattung der kreisfreien Städte*

■ *Aufhebung des Sanierungsstaus an öffentlichen Einrichtungen, besonders an Schulen.*

■ *Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge*

■ *Keine Privatisierungen von öffentlichem Eigentum*

ÖPP-PROJEKTE (ÖFFENTLICH-PRIVATE-PARTNERSCHAFT)

Öffentliche Infrastrukturprojekte wie Schulen, Kindergärten, Feuerwehr, Rettungsleitstellen, etc. werden zukünftig von der Stadt Flensburg unter Eigenregie errichtet, statt langfristig mit Investoren in einem ÖPP zusammen zu arbeiten. Private Investoren kalkulieren in diesen Projekten stets mit einer Verzinsung, Inflationsausgleich, Risiko- und Gewinnzuschlag, die von der Gesellschaft mitgetragen werden müssen, meist über einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Private Investoren haben bei der Grundstücksvergabe in Erbpachtnutzung mit Zustimmungsvorbehalte, die der gesellschaftlichen Stadtentwicklung dienen, Vorrang*

■ *Keine ÖPP-Projekte mit privaten Investoren, in Ausnahmefällen können sich gemeinnützige Genossenschaften, Fördervereinsinitiativen etc. an der Finanzierung beteiligen.*

■ *Weltoffenheit, Mitbestimmung und Verwaltung*

QUEER - QUEER

Die Flensburger LINKE kämpft für die Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in unserer Stadt. Ausgrenzung, Diskrimi-

nierung, körperliche und sexualisierte Gewalt ist trauriger Alltag vieler queerer Menschen. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, a*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen brauchen Schutz- und Freiräume. Wir sagen Queerfeindlichkeit den Kampf an. Flensburg soll ein sicherer Hafen für queere Menschen werden.

Wir unterstützen die Eröffnung des Queer-Zentrums in Flensburg vollumfänglich. Wir begrüßen es, dass die deutlich geworden ist, dass es ein Zentrum braucht, in dem queere Menschen Beratung in speziellen Lebenslagen bekommen können und es Bildungsangebote gibt, welches Netzwerkarbeit ermöglicht. Aufgabe ist es jetzt, das Projekt weiter zu begleiten, um eine langfristige und finanzielle Sicherstellung zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale als auch die Landesebene, die Themen Vielfalt, Sicherheit und Gesundheit für queere Menschen in Zukunft deutlich mehr in den Fokus nimmt und Unterstützung leistet.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Dauerhaften Erhalt des Queer-Zentrums und eine Aufstockung der finanziellen Mittel um eine angemessene Ausstattung, sowohl personell als auch sachlich gewährleisten zu können.*

■ *Kostenlose Bereitstellung von Verhütungsmittel*

■ *Schutzräume („Safe Spaces“) im*

öffentlichen Raum sichtbar machen.

■ *Finanzielle Förderung queerer Gruppen*

■ *Eine Sensibilisierung beim Thema Queerfeindlichkeit bei Lehrkräften, Pädagog*innen der städtischen Schulen und Jugendzentren*

■ *Die Zukunft des Queeren Zentrums absichern*

■ *Gleichstellung in allen öffentlichen Bereichen*

■ *Bildungsangebote schaffen, die zu mehr Toleranz und Verständnis führen*

■ *Stärkung des Diskriminierungsschutzes aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität*

■ *Queere Geflüchtete schützen und unterstützen*

WELTOFFENHEIT DER KOMMUNE

Da wo es noch nicht geschehen ist, setze sich die Flensburger LINKE für eine interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung ein. Wir wollen den Erhalt und die Förderung von Projekten, der

Migrant*innen und Geflüchteten, die ihre stärkere Integration in die Gesellschaft und das demokratische Miteinander fördern und die Bewahrung ihrer kulturellen Identität zum Ziel haben. Immer wichtiger wird auch die Stärkung antirassistischer Arbeit und zivilgesellschaftlicher Strukturen und Unterstützung von Initiativen, die sich dafür einsetzen.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

■ *Interkulturelle Öffnung der gesamten Verwaltung*

■ *Das demokratische Miteinander fördern*

■ *Stärkung von antirassistischer Arbeit vor Ort*

DEMOKRATIE: BETEILIGUNG, MITBESTIMMUNG UND VEREINBARKEIT

Demokratie ist nicht nur eine politische Regierungsform, sondern eine Haltung und Lebensform die Beteiligung erfordert und ermöglichen muss. Wir wollen eine Entwicklung neuer kleinteiliger und konkreter Möglichkeiten der Beteiligung von Bürger*innen an kommunalen Entscheidungen (z.B. stadtteilbezogene Planungszellen zur Verbesserung von Planungsentscheidungen, themenbezogene Netzwerke bei der Vorbereitung von Entscheidungen) als Ergänzung und Weiterentwicklung der Möglichkeiten

von Bürger*innenplattformen, Stadtteilen und Bürger*inneninitiativen. Die Flensburger LINKE hält es für notwendig die Flensburger*innen viel stärker über die sie betreffenden Angelegenheiten entscheiden zu lassen. Dazu gehören Bürger*innenentscheide und insbesondere die Einrichtung von Orts- bzw. Stadtteilbeiräten in Flensburg, wie sie die schleswig-holsteinische Gemeindeordnung nach §47b und folgende vorsieht.

Wir fordern eine Transparenzoffensive für die Ratsversammlung und deren Ausschüsse zur Teilhabe von Einwohner*innen an Entscheidungsprozessen.

Ebenso halten wir entsprechend der Gemeindeordnung die regelmäßige und verbindliche Einberufung von Einwohner*innenversammlungen und -fragestunden gegebenenfalls mit Vertreter*innen der Verwaltung und Politik in den Stadtteilen für zwingend notwendig. Insbesondere bei der Durchführung dieser Veranstaltungen sollten, die noch zu gründenden Stadtteilbeiräte, mit der Organisation und Moderation betraut werden und die Tagesordnung unter Berücksichtigung der von der Bevölkerung geäußerten Wünsche thematisch festlegen. Zudem begrüßen wir es, wenn mehr Bürgerentscheide bei zentralen Vorhaben der Stadt stattfinden und regelmäßige Bürgerbefragungen durchgeführt werden.

Zudem muss es eine Stärkung und öffentliche Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements geben. Die Stadtteilforen sollten in den Planungen besser einbe-

zogen werden. Neubauvorhaben in den Stadtteilen sollten zukünftig nur mit Zustimmung der noch zu gründenden Stadtteilbeiräte und der Bewohner*innen im Stadtteil genehmigt werden. Andernfalls ist eine Einwohner*innenversammlung durch die Stadt einzuberufen. Die Flensburger LINKE setzt sich für eine Schaffung offener, Kind- und jugendgerechter und basisdemokratischer Beteiligungsformen ein und unterstützt das Kinder- und Jugendbüro der Stadt Flensburg.

Die Flensburger LINKE setzt sich für eine Stadtpolitik ein, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflegebedürftigkeit und Umwelt- und Arbeitsbelangen fördert.

Dazu werden Maßnahmen unterstützt, die eine gute Kinderbetreuung und Pflege für alle Altersgruppen sicherstellen, den Zugang zu flexiblen Arbeitszeitmodellen und bezahlter Elternzeit erleichtern sowie pflegenden Angehörigen und Alleinerziehenden Unterstützung bieten. Auch die Förderung von nachhaltiger Mobilität und Umweltstandards im Hinblick auf Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte spielt eine wichtige Rolle.

Die Flensburger LINKE hat ein Verständnis für die Herausforderungen und Bedürfnisse von Menschen in verschiedenen Lebenslagen in der Stadt und im Umland und setzt sich für eine Politik ein, die allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Mehr Bürger*innenbeteiligungen auch bei kleineren Projekten*
- *Mehr Bürger*innenentscheide in Betracht ziehen*
- *Schaffung basisdemokratischer Beteiligungsformen*
- *Stärkung der Stadtteilforen*
- *Bürger*innennahe Verwaltung*

Die Verwaltung muss personell so ausgestaltet werden, dass sie den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gewachsen ist. Hierfür sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Die Entwicklung der Verwaltung muss dem realen Wachstum der Stadt entsprechen. Ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und Überlastung des Personals können nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene Mitarbeitende sind nicht nur selbst zufriedene Bürger*innen, sie sorgen auch für zufriedene Bürger*innen allgemein.

Die Flensburger LINKE setzt sich ein:

- *Die solide Ermittlung des künftigen Personalbedarfs*
- *Ein modernes Personalentwicklungskonzept, das die Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze erhöht*

■ *Eine offensive Personalgewinnung in Bereichen, wo akuter Personalmangel herrscht*

■ *Die nahtlose Wiederbesetzung freier werdender Stellen*

■ *Die Nutzung moderner digitaler Technik nicht für die Streichung von Stellen, sondern als Chance für bessere Arbeitsbedingungen und hochwertige Dienstleistungen*

■ *Eine moderne IT-Steuerung zur schnelleren, transparenteren und bürger*innenfreundlicheren Gestaltung von Verwaltungsvorgängen*

■ *Die Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements*

■ *Die Stärkung der kommunalen Ansprechpartner*innen vor Ort*

■ *Die zunehmende Internationalität unserer Stadt stellt auch in der Verwaltung das Personal vor große Herausforderungen. Um diese zu meistern und um Migrant*innen besser einzubeziehen, setzen wir uns ein für:*

■ *Die wirksame Umsetzung der Maßnahmen zur Integration und Teilhabe von Migrant*innen*

■ *Einen höheren Anteil von Migrant*innen in verantwortlichen Positionen der Stadtverwaltung*

WWW.LINKE-FLENSBURG.DE